

BMB - II/3 (Koordination Legistik,
Schulrechtslegistik, Fremdlegistik)

Mag. Oliver Henhapel
Sachbearbeiter

oliver.henhapel@bmb.gv.at
+43 1 531 20-2325
Minoritenplatz 5, 1010 Wien

Antwortschreiben bitte unter Anführung der
Geschäftszahl.

Sammelanschrift
lt. Verteiler

per E-Mail

Geschäftszahl: 2025-0.256.495

Begutachtung - Bundesgesetz mit dem das Schulunterrichtsgesetz und das Anstellungserfordernisse- Grundsatzgesetz geändert werden; Begutachtungs- und Konsultationsverfahren

Das Bundesministerium für Bildung übermittelt in der Anlage den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Schulunterrichtsgesetz und das Anstellungserfordernisse-Grundsatzgesetz geändert werden, mit dem Ersuchen um Stellungnahme per E-Mail an die Adresse begutachtung@bmb.gv.at oder schriftlich in zweifacher Ausfertigung bis längstens

27. Mai 2025.

Sollte bis zu diesem Zeitpunkt keine Stellungnahme eingelangt sein, so darf Bedenkenfreiheit angenommen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass gegenständlicher Entwurf im Rechtsinformationssystem des Bundes elektronisch verfügbar ist (<http://ris.bka.gv.at/>) und auf der Ressorthomepage abgerufen werden kann (<http://www.bmb.gv.at/>).

Weiters wird ersucht, eine allfällige Stellungnahme zum Gesetzesvorhaben auch dem Präsidium des Nationalrates nach Möglichkeit über die Internetseite <https://www.parlament.gv.at/PERK/BET/VPBEST/#AbgabeStellungnahme> zu übermitteln.

Gegenständlicher Entwurf wird den gegenbeteiligten Gebietskörperschaften unter Hinweis auf die Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über

einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der
Gebietskörperschaften, BGBl. I Nr. 35/1999, zur Stellungnahme bis längstens

27. Mai 2025

übermittelt.

Wien, 29. April 2025

Der Bundesminister:

Christoph Wiederkehr, MA

Beilagen

Elektronisch gefertigt